

China-Notizen

— Von einem nächtlichen Schreibtisch —

Die Politiker sind bekannter,

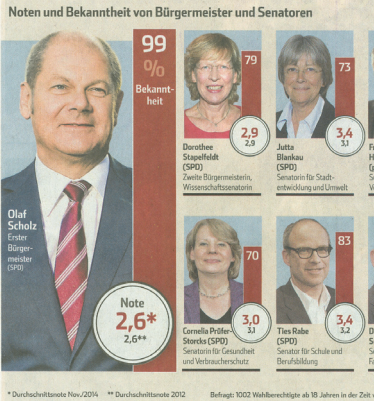
Umfrage: Oppositionsführer Dietrich Wersich (CDU) konnte sich seit 2011 profilieren und holt im V

SASCHA BALASKO
FRANZISKA COSSFELD

HAMBURG 21 Um den Bekanntheitsgrad zu steigern, ist ein handfester Skandal wohl die sicherste Methode. Auch spektakuläre Medienauftritte oder grandiose Fehlleistungen sind durchaus geeignet. In Hamburg könnte man das wohl die Schill-Methode nennen. Und so ist es nicht überraschend, dass sowohl die aktuellen Regierungsvertreter als auch die Oppositionsspitzen auf Publicity dieser Art liebend gern verzichten. Gleichwohl haben es alle Senatoren und Fraktionsvorsitzenden seit der Bürgerschaftswahl 2011 geschafft, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Unspektakulär, aber solide. Basierend auf der jeweils eigenen politischen Arbeit.

Die Hamburger kennen die politischen Akteure heute zum Teil sogar wesentlich besser als noch zu Beginn der Wahlperiode. Justizminister Jens Schiebek (SPD) etwa hatte nach dem ersten Regierungsjahr den niedrigsten Bekanntheitsgrad. 2012 gaben nur 61 Prozent der Bürger an, sie zu kennen. Heute ist dieser Wert auf 71 Prozent gestiegen. Den größten Sprung hat Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) gemacht: Er steigerte sich im selben Zeitraum von 71 Prozent auf 83 Prozent. Ein Grund dafür ist sicher, dass Scheele in der Vergangenheit immer wieder mit Themen in der Öffentlichkeit stand, die für viele Bürger von Interesse sind – etwa der Umgang mit der wachsenden Zahl an Flüchtlingen oder dem Kita- und Krüppelbau.

Das Meinungsforschungsinstitut GESS Phone & Field hat im Auftrag des Abendblatts in der Zeit vom 24. Oktober bis 8. November 2014 waldberechtigten Hamburger befragt. Die repräsentative Umfrage zeigt, dass auch alle anderen Senatsmitglieder kräftig zugelegt haben in puncto Bekanntheit: Schulsenator Ties Rabe (SPD) ist inzwischen ebenfalls 83 Prozent der Bürger ein Begriff – 2012, also nach dem ersten Regierungsjahr der SPD, waren es noch zehn Prozentpunkte weniger. Die Steigerung überrascht nicht, da er mit dem



Begriff knapp gefolgt von der Linken-Fraktionsvorsitzenden Dora Heyenn mit 75 Prozent. Die Erklärung dafür, dass die Spitzenpolitiker bekannter geworden sind, liegt nahe: Durch ihre Arbeit als Fraktionschefs stehen sie in der ersten Reihe und sind daher regelmäßig in den Medien präsent. Nach wie vor sind die Politiker den 18- bis 34-Jährigen jedoch am wenigsten bekannt. Selbst die Zweite Bürgermeisterin Dorothee Stapfelfeld (SPD) kennen 83 Prozent nicht – obwohl es die Altersgruppe ist, die von ihrer Politik am stärksten betroffen ist. Bei den

onsvorsitzenden würden dagegen nur 70 Prozent der CDU nahestehenden Männer und Frauen wählen. Scholz hingegen immerhin 20 Prozent. Spitzenwerte würde Scholz auch aus den Lagern der Grünen (83 Prozent), Liberalen (69 Prozent) und Linken (66 Prozent) erzielen. Insgesamt fällt das Urteil der Hamburger über ihre Regierung ähnlich aus wie in den Vorjahren: ein beliebter Bürgermeister und im Wesentlichen ordentliche Noten für seinen Senat – aber auch für die Oppositionspolitiker. In der Umfrage zeigten sich 70 Prozent der SPD-ä

Senatsmitglieder und bewerteten deren Wirken durchschnittlich mit 3,0, also gerade befriedigend.

Solche Umfragen sind stets problematisch, denn was besagt schon „kenne ich“ als Antwort auf eine Frage mit vermutlich mehreren anzukreuzenden Antwortmöglichkeiten – und wie sind dann die „Zensuren“ zustande gekommen?

Hiermit hängt auch die Antwort auf die Frage in der Überschrift zusammen: Als vor zwei, drei Jahrzehnten ein neuer Generalmusikdirektor nach Hamburg kam, fragte der seinerzeitige und interessierte Erste Bürgermeister: „Wie läßt sich die Pflege klassischer und moderner Musik in Hamburg verbessern?“ Damit meinte er nicht Pop-, Jazzmusik und Musicals. Der Musicus antwortete nach seiner Art kurz und knapp: „Durch kompetente Kritik in den Medien.“ Nach zwei Jahren verließ er Hamburg wieder, entrüstet und enttäuscht.

Natürlich soll ein Erster Bürgermeister sich nicht um kompetente Musikkritik kümmern, doch dieses Wörtchen des GMD läßt sich leicht auf andere Bereiche des öffentlichen Lebens übertragen, vor allem die Politik. Bei dieser obliegt den Medien die Kritik. Aber in Hamburg gibt es in diesen keine nennenswerte Berichterstattung über die hansestädtische Politik. Von den Printmedien ist, sage und schreibe, nur ein einziges zu nennen, das kontinuierlich über die Politik des Stadtstaates und Bundeslandes Hamburg berichtet, das Abendblatt. Die diesbezügliche Berichterstattung der Boulevardblätter und der Lokalbeilagen anderer Zeitungen läßt sich leicht übersehen. Ähnlich sieht es im Radio aus, bei denen allein ein NDR-Ableger so etwas wie eine politische Berichterstattung vornimmt, während die Privatsender auch auf diesem Gebiet ganz versagen.

Weil die Grundhaltung von NDR und Abendblatt ohnehin kuschelig ausgerichtet ist, begleiten beide die HH-Rathauspolitik und die in den Bezirken eher affirmativ als kritisch. Eine investigative Haltung scheint ihnen fremd zu sein, jedenfalls in der Alltagsberichterstattung. Hinzukommt, daß in einem Stadtstaat Politiker und Medienvertreter sich häufiger begegnen, wodurch eine gewisse Nähe entsteht, die nicht zu kritischen Haltungen ermuntert.

Deshalb können die HH-Rathauspolitiker in aller Ruhe vor sich hin wursteln oder auch schon einmal lange nicht das tun, was ihr politischer Auftrag wäre. Journalistischer Kontrolle bloß ansatzweise ausgesetzt, können sich die HH-Politiker dickfellig und wenig bemüht ihrer Pfründen erfreuen – und bleiben einfach in HH, mittelmäßig und jenseits von dessen Grenzen unbekannt: ein Trauerspiel! Wann wurde ein HH-Senatsmitglied, immerhin im Rang eines Landesministers, zuletzt auf Bundesebene wenigstens bemerkt?

Warum HH-Politiker so schlecht sind I

Am 22. Dezember brachte das HA einen nachdenklichen Leitartikel unter der Überschrift „Weg mit den Ritualen. Die Parlamente müssen lebendiger werden. Das gilt auch für die Bürgerschaft“. Zu den Erwägungen, die Jens Meyer-Wellmann dazu anstellte, gehörte, das mit 121 Abgeordneten sehr große HH-Parlament aus einem Feierabendparlament zu einem von Berufspolitikern zu machen, die dann auch mehr Käsch brauchen würden als die Aufwandsentschädigungen heutzutage. Nun zu solchen Erwägungen lassen sich viele gegensätzliche Argumente vorbringen – und nicht wenige der gegenwärtigen Bürgerschaftsabgeordneten sind auch jetzt schon so etwas ähnliches wie Berufspolitikern.

Nicht von solchen Abgeordneten will diese Notiz jedoch erzählen, sondern von den „richtigen“ Politikern, den Mitgliedern des Senats: Anfang November 2014 hatte das Abendblatt über sie und wichtige Oppositionspolitiker Umfrageergebnisse veröffentlicht (siehe Abbildung). Durchschnittlich mehr als 70 Prozent der Befragten kannten die